

Resolution für das Ende der ungerechten Pensionsanpassungen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.06.2023 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für ein sofortiges Ende der Aliquotierung bei der Inflationsanpassung unabhängig des Pensionistenjahrganges, insbesondere des Jahrganges 2022, im ersten Pensionsjahr aus.

Begründung

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Anpassung an die erste Pensionserhöhung bzw. Anpassung an die jährliche Inflation vom Geburtsdatum abhängig sein soll. Derzeit erhalten zigtausende Pensionist:innen, alleine im Jahr 2022 rund 80.000 Pensionist:innen keine oder nur eine sehr stark zeitverzögerte Aliquotierung ihrer Pensionen. Das derzeitige System (Ausnahme für die Jahre 2023 und 2024) ist ein Geburtenlotteriespiel. Wer im Jänner in Pension geht, kommt auch in den Genuss der vollen Pensionsanpassung. Ab dann wird es Monat für Monat weniger. Also im Februar erhält man 90 Prozent des Inflationsausgleichs. Im März nur noch 80 Prozent. Pro Monat verliert man zehn weitere Prozentpunkte, und wer erst im November oder Dezember in Pension gehen kann, erhält gar keine Inflationsanpassung mehr.

Dies hat in Margareten vermehrt dazu geführt, dass sich immer mehr Pensionist:innen die Teuerungen im Alltag kaum mehr leisten können. Insbesondere die Volkshilfe Margareten konnte hier eine signifikante Erhöhung von Unterstützungsanfragen bei Mindestpensionsbezieher:innen im ersten Quartal feststellen.

BRin Mag.^a Elke Hanel-Torsch
Klubvorsitzende

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

BR Christian Seidl

BRin Mag.^a Ingrid Kurath